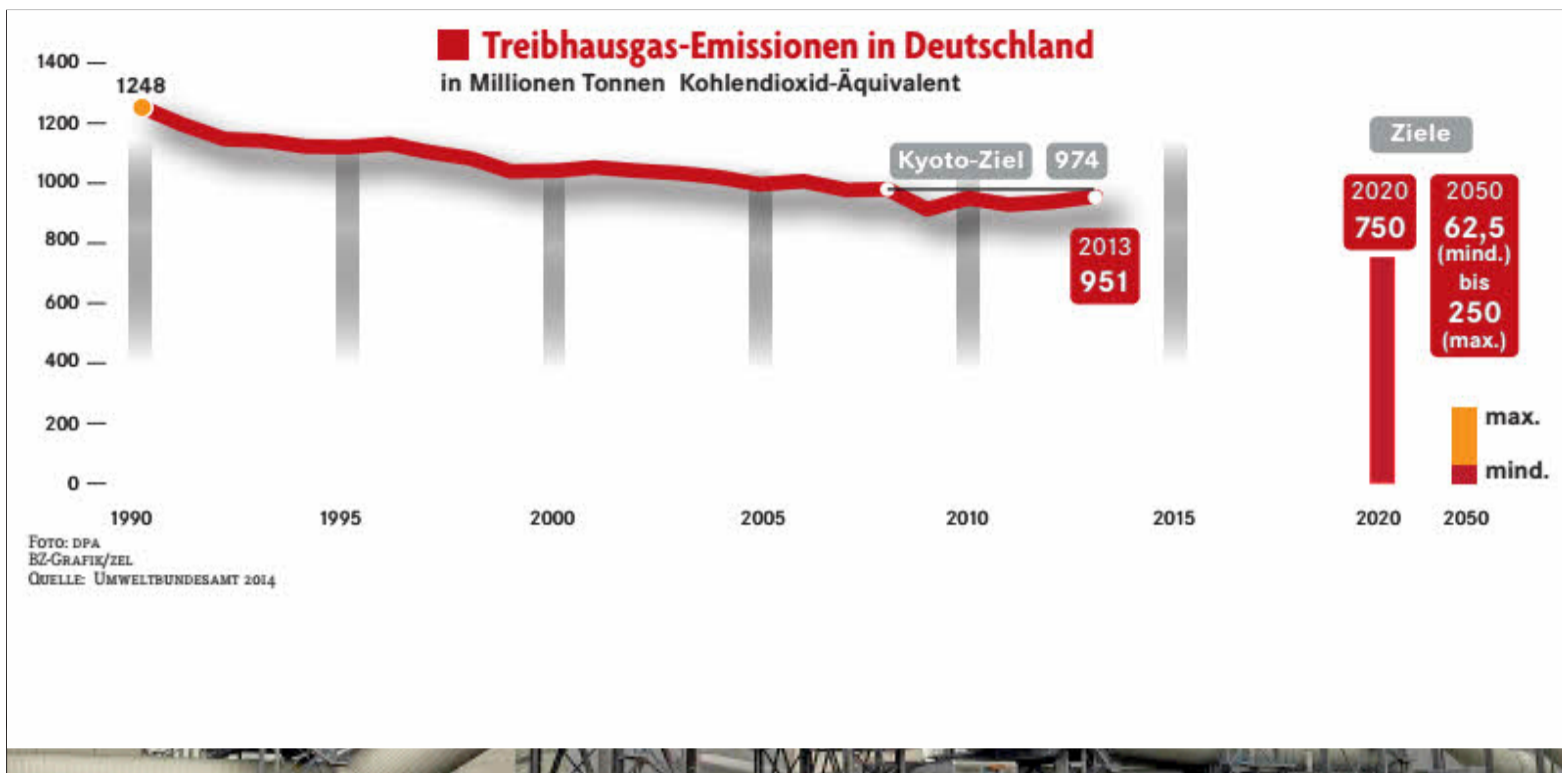


## Klimakonferenz in Lima

Die Klimapolitik biegt auf die Zielgerade zu einem neuen Weltklimavertrag ein. Dieser soll 2015 in Paris beschlossen werden. Doch auf der Klimakonferenz in Lima, die an diesem Montag startet, entscheidet sich, wie ehrgeizig der Vertrag ausfallen wird.



### HINTERGRUND

#### 10000 Teilnehmer für 23 Seiten Text

Beflügelt durch die jüngsten Zusagen der USA und Chinas für mehr Klimaschutz beginnt an diesem Montag die 20. Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Lima. Bis zum 12. Dezember wollen die Delegationen aus 195 Ländern in Perus Hauptstadt den Entwurf eines Weltklimavertrages ausarbeiten. Dieser soll dann Ende 2015 in Paris verbindlich verabschiedet werden und 2020 in Kraft treten. Das umfassende Ziel ist, die durch Treibhausgas-Emissionen verursachte Erwärmung der Erde auf maximal zwei Grad zu beschränken.

Das Treffen, Lima Cop20 genannt, wird von hohen Erwartungen und Hoffnungen begleitet. „Die Konferenz wird spannend. Ich bin vorsichtig optimistisch“, sagte Greenpeace-Klimapolitikchef Martin Kaiser am Sonntag in Lima. Vor allem die Ankündigungen der USA und Chinas hätten eine positive Dynamik in Gang gesetzt und andere Länder in Zugzwang gebracht. „Es scheint so, als hätte die Realität der schon spürbaren Folgen des Klimawandels in einigen Ländern politische Relevanz bekommen.“ Das Ziel müsse nun sein, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 auf null zu bringen.

Der Konferenz liegt ein 23-seitiger Rohentwurf mit Textbausteinen für das Paris-Abkommen vor. Die Vorlage soll in Lima so weit wie möglich vorangebracht werden. Spätestens Ende März 2015 sollen die Zusagen vorliegen. Auf dem Gelände des Hauptquartiers der peruanischen Armee in Limas Stadtteil San Borja werden über 10 000 Delegierte erwartet. Das Treffen wird von 40 000 Polizisten gesichert. *dpa*

# Die Weichen für Paris stellen

In Lima fallen Vorentscheidungen für den neuen Weltklimavertrag, der 2015 in Frankreichs Hauptstadt verabschiedet werden soll

VON UNSEREM MITARBEITER  
CHRISTIAN MIHATSCH

Selten wurde eine Klimakonferenz so gut vorbereitet. Die EU hat ihr Emissionsziel für das Jahr 2030 verabschiedet. Die USA und China haben sich bilateral darauf geeinigt, ihre Emissionen zu senken. Der Grüne Klimafonds ist mit knapp zehn Milliarden Dollar gefüllt. Es gibt einen Arbeitsplan und ein klares Ziel: Nächstes Jahr soll in Paris ein neuer Weltklimavertrag verabschiedet werden, der es der Welt erlaubt, die Klimaerwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die weltweiten Kohlendioxid(CO<sub>2</sub>)-Emissionen innerhalb von 15 Jahren ihren Höhepunkt erreichen, bis 2050 halbiert werden und bis 2100 auf Null sinken.

Ob die Welt sich auf einen Vertrag einigen kann, entscheidet sich aber nicht erst in Paris, sondern schon dieses Jahr in der peruanischen Hauptstadt Lima, wo die diesjährige Konferenz der UN-Klimakonvention stattfindet. Das wichtigste Thema in Lima ist ein Formular. Auf diesem sollen die Länder mitteilen, welche Maßnahmen sie im Hinblick auf den Klimawandel planen. Die Industriestaaten wollen sich hier auf Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen beschränken.

Doch die Entwicklungsländer wollen auch Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel unterbringen.

Außerdem verlangen sie, dass die Industriestaaten auf diesem Formular auch mitteilen, wie viel Geld sie den Entwicklungsländern geben wollen. Die Industriestaaten lehnen dies ab. Sie befürchten, dass sich manche Länder auf die Anpassung an den Klimawandel konzentrieren, statt dessen Ursachen zu bekämpfen. Wenn Anpassungsmaßnahmen Eingang in das Formular finden, besteht zudem die Gefahr, dass viele Länder das Formular nicht rechtzeitig abgeben. Alle Länder sollen aber ihre Pläne bis spätestens Ende März 2015 offenlegen, damit genug Zeit bleibt diese zu vergleichen und bis zur Pariser Konferenz zu prüfen. Noch grundsätzlicher wird abgelehnt, Hilfszahlungen für Entwicklungsländer auf dem Formular unterzubringen. Denn diese Gelder laufen über Fonds wie den Grünen Klimafonds, die nicht der UN-Klimakonvention unterstehen. Aus diesem Grund lehnen es die Industriestaaten ab, ihre Hilfszahlungen an die Konvention zu berichten. „Das ist eine rote Linie“, sagt ein europäischer Diplomat.

In Lima geht es aber nicht nur um Formulare, sondern auch um die Architektur des zukünftigen Weltklimavertrags. Bei

einer früheren Klimakonferenz haben die Länder entschieden, in Paris „ein Protokoll, ein anderes rechtliches Instrument oder eine Übereinkunft mit Rechtskraft“ anzustreben. Schon die komplizierte Formulierung zeigt, dass die Vorstellungen der Länder noch weit auseinander liegen.

Die EU und die Schweiz würden gerne ein Protokoll ähnlich dem Kyoto-Protokoll verabschieden, wo die Emissionsziele der Länder rechtsverbindlich festgelegt werden. Doch dies stößt auf wenig Begeisterung in anderen Ländern: Zum einen ist es in den USA unmöglich, einen Klimastaatsvertrag durchs Parlament zu

bringen. Folglich muss das Pariser Abkommen so gestaltet sein, dass die Zustimmung des US-Kongresses nicht erforderlich ist. Aber auch Indien und China wollen sich nur ungern rechtlich binden. Aus diesem Grund werden die Emissionsziele wohl nicht rechtsverbindlich sein.

Anders ist es mit den Regeln und Prinzipien, denen die (von den Ländern selbst gesteckten) Emissionsziele unterliegen. Diese können die Mitgliedsländer der UN-Klimakonvention rechtsverbindlich festlegen. „Wir setzen uns weiter für Rechtsverbindlichkeit ein, um den Druck aufrecht zu erhalten“, sagt ein europäischer Diplomat. „Aber wir wissen, dass wir uns nicht auf der ganzen Linie durchsetzen werden.“ Entscheidend für die Durchsetzungskraft von EU und Umweltintegritätsgruppe (siehe Infobox) wird die Fähigkeit sein, Allianzen zu bilden.

Im besten Fall läuft es wie im Jahr 2011 auf der Klimakonferenz in Durban: Damals konnten die EU und die Schweiz die am wenigsten entwickelten Länder, die afrikanischen Staaten, die kleinen Inselstaaten und die fortschrittlichen Südamerikaner in einer großen Allianz vereinen. Diese Allianz konnte die USA, China und Indien zu großen Zugeständnissen bewegen. So wurde etwa die komplizierte Formulierung zur Rechtskraft möglich.

### INFO

#### UMWELTINTEGRITÄTSGRUPPE

Zur Umweltintegritätsgruppe (englisch EIG) gehören die Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Mexiko und Südkorea. Es ist die einzige Verhandlungsgruppe, der sowohl klassische Industrieländer als auch ehemals als Entwicklungsländer geltende Staaten angehören. Mexiko und Südkorea sind mittlerweile OECD-Mitglieder und damit Teil des Clubs der Industriestaaten. *miha*

# Zu Hause läuft es beim Klimaschutz nicht rund

Weil Deutschland sein selbst gesetztes Ziel zu verfehlen droht, will die Bundesregierung jetzt mit nachlegen

VON UNSERER KORRESPONDENTIN  
BÄRBELE KRAUSS

Hätten alle Sektoren der Wirtschaft ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 so stark reduziert wie der Bereich Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, dann könnten Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Umweltministerin Barbara Hendricks (beide SPD) fast die Hände in den Schoß legen: Denn mit einer Emissionsminderung um 48 Prozent lagen Händler, Gewerbetreibende und der Dienstleistungssektor bereits im Jahr 2012 weit über der Zielmarke, die die Bundesregierung sich klimapolitisch gesteckt hat: Sie will den Ausstoß klimaschädlicher Gase bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 um 40 Prozent senken.

Weil aber auf Handel, Gewerbe und Dienstleistungen mit 42 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr 2012 nicht einmal fünf Prozent der deutschen Gesamtemissionen entfallen, haben die beiden Minister



**Haben noch viel vor: Umweltministerin Hendricks und Wirtschaftsminister Gabriel.** FOTO: DPA/AFP

keinen Grund sich entspannt zurückzulehnen, im Gegenteil. Tatsache ist, dass die bisher beschlossenen Instrumente zur Vermeidung giftiger Klimagase nicht ausreichen, um das nationale Klimaziel zu erreichen. Am Mittwoch soll im Bun-

deskabinett ein Paket von Maßnahmen beschlossen werden, mit dem weitere rund 70 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr vermieden werden sollen.

Weil bei der Stromproduktion der Löwenanteil der Emissionen anfällt, ist die Energiebranche Dreh- und Angelpunkt der Klimapolitik. 1990 wurden dort 458 Millionen Tonnen schädlicher Gase ausgestoßen; 2012 waren es noch 377 Millionen Tonnen. 2020 werden es nach den Prognosen etwa 306 Millionen Tonnen sein. Trotzdem soll die Branche nach den jüngsten Vorschlägen von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel 22 Millionen Tonnen Kohlendioxid zusätzlich vermeiden. Das kann nur klappen, wenn weniger Kohle zur Stromerzeugung verfeuert wird. Die Kraftwerksbetreiber sind wenig angetan von Gabriels Idee.

Auch bei den Privathaushalten sieht die Bundesregierung Nachholbedarf bis 2020. Deshalb wird in Berlin über Steuererleichterungen und Förderprogramme

für energetische Sanierungen verhandelt, mit deren Hilfe die Sanierungsrate steigen soll. Relativ ungeschoren wird wohl der Verkehrssektor davonkommen, obwohl er beim Klimaschutz die rote Laterne trägt. Hier wurden die Emissionen seit 1990 lediglich um 5,6 Prozent vermindert, auf 151 Millionen Tonnen.

Wie mühsam die Minderung der Kohlendioxid-Emissionen mittlerweile ist, zeigt der Blick zurück: Von 1990 bis 1998 sanken die Emissionen um 14 Prozent – im Wesentlichen wegen des Zusammenbruchs der Industrie in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung. Von 1998 bis 2013 gingen die Emissionen aufgrund klimapolitischer Entscheidungen der Politik und den daraus resultierenden Anstrengungen der Wirtschaft um elf Prozent zurück – aufs Jahr gerechnet sind das 0,7 Prozent. Wenn das Klimaziel bis 2020 erreicht werden soll, muss das Minderungstempo mehr als verdreifacht werden, auf 2,5 Prozent jährlich.

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER:** Dr. Christian H. Hodeige  
**CHEFREDAKTEUR:** Thomas Hauser (verantwort.)  
**STELLV. CHEFREDAKTEURE:** Thomas Fricker, Holger Knöferl  
**LEITENDER REDAKTEUR:** REPORTAGE/LAND & REGION: Stefan Hupka  
**POLITIK:** Thomas Fricker; **NACHRICHTEN & BLATTPLANUNG:** Frauke Wolter, Karl-Heinz Fesenmeier; **WIRTSCHAFT:** Dr. Jörg Buteweg; **KULTUR & MAGAZIN:** Alexander Dick; **SPORT:** Michael Dörfler; **FORUM:** Maikla Kost  
**HEIMATREDAKTION:** Holger Knöferl  
**KORRESPONDENTENBÜROS:** in Berlin, Stuttgart, Brüssel, London, Paris, Straßburg, Rom, Washington, Moskau, Peking und Johannesburg

**CHEF VOM DIENST:** Hans-Peter Müller  
**STELLV. CHEF VOM DIENST:** Anselm Bußhoff  
**LAYOUT/GRAFIK:** Wolfgang Grabherr  
**BZ-EXTRA:** Michael Sträter

**BADISCHER VERLAG GMBH & CO. KG,**  
Basler Straße 88, 79115 Freiburg  
Telefon 0761 - 496-0  
Fax Redaktion 0761 - 496-5029  
Fax Abonentenservice 0761 - 496-8696  
Fax Geschäftsführung Verlag 0761 - 496-4709

**E-MAIL-ADRESSEN:**  
redaktion@badische-zeitung.de  
forum@badische-zeitung.de  
aboservice@badische-zeitung.de

**GESCHÄFTSFÜHRER:** Wolfgang Poppen, Hans-Otto Holz  
**ANZEIGEN:** Ralph Strickler (verantwort.)  
**VERTRIEB:** Thomas Zehnle  
**PERSONAL UND RECHT:** Dr. Verena Ehrlicher

**ANZEIGENNAHME:**  
Telefon 0800 - 22 24 221 Fax 0800 - 2224 229  
E-Mail: anzeigen@badische-zeitung.de  
Internet: www.badische-zeitung.de/anzeigen  
www.schnapp.de

**FÜR INSERATE AUS DER SCHWEIZ:**  
Publicitas Basel, Telefon 061 - 27 54 141  
Fax 061 - 27 54 242

**DRUCK UND VERSAND:**  
Freiburger Druck GmbH & Co. KG

**WAN IFRA**  
INTERNATIONAL NEWSPAPER  
COLOR QUALITY CLUB

Die Badische Zeitung ist Mitglied im International Color Quality Club der weltbesten gedruckten Tageszeitungen.

Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet. Keine Haftung für unverlangt eingesandtes Text- und Bildmaterial. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 77 vom 1. Januar 2014.